

NACH TERRORANSCHLÄGEN: DEBATTE UM INTEGRATION VOR ORT

STIMMEN

„Ich bin nicht Charlie“

Zwar allgemeines Lob für Lage in Delmenhorst – Aber auch kritische Stimme zu Charlie-Reaktionen



Pedro Benjamin Becerra, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde: „Die Anschläge haben mich nicht überrascht. Es gibt viele Radikale in Frankreich – wie sich etwa beim Attentat von Toulouse gezeigt hat – und auch Antisemitismus. Für die Integration in Delmenhorst leisten zum Beispiel die freien Wohlfahrtsverbände und viele Ehrenamtliche eine gute Arbeit.“



Deniz Kurku (SPD), Ratsherr: „Die Mahnwache gestern war eine wichtige Geste. Wichtiger ist aber, im Alltag mit dem Gegenüber zu sprechen und sich nicht zu scheuen, Fragen zu stellen. So lassen sich mögliche Vorbehalte am ehesten abbauen.“



Hasan Bicerik, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Hasport. „Um Sprachbarrieren zu überwinden, sollte man die Arbeit der Integrationslotsen fördern. Sie helfen insbesondere Flüchtlingsfamilien bei ihren ersten Schritten vor Ort. Delmenhorst ist zwar nicht Hauptstadt, trotzdem ist es wichtig, dass auch hier mit der Mahnwache ein Zeichen der Solidarität gesetzt wurde.“

Eine 100-prozentige Sicherheit sei wohl nicht herzustellen. Gleich gebe es in Delmenhorst keine extreme Gefahr für Muslime. Dies ist das Fazit von lokalen Vertretern aus Politik und Religion.

VON FREDERIK GRABBE UND BRITTA BUNTEMEYER

DELMENHORST. In den vergangenen Tagen nach dem Anschlag auf die französische Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ wurden in Paris mehrere Angriffe auf Muslime gezählt. Eine extreme Gefahr für Muslime vor Ort sehen Vertreter der örtlichen Politik, die selbst einen Migrationshintergrund haben, nicht. Delmenhorst sei in puncto Integration stark aufgestellt – aber es gibt auch Verbesserungsbedarf.

Keine Gefahr einer drohenden verstärkten Ausländerfeindlichkeit sieht Eyüp Ertugrul, Vorsitzender der Mevlana-Moschee. Die Gemeinde bilde eine gute Einheit mit den anderen Gemeinden. „Die Menschen kennen uns“, sagt er. Die Anschläge in Paris hätten mit Religion nichts zu tun. „Der Terror hat keine Religion und keine Nationalität“, betont Ertugrul. Er sei entsetzt gewesen von den Ereignissen in Frankreich. Der Islam sei für radikale Ziele missbraucht worden.

„Im Koran steht: Wer einen Menschen tötet, für den soll es sein, als habe er die ganze Menschheit getötet. Und wer einen Menschen rettet, für den soll es sein, als habe er die ganze Welt gerettet“, zitiert der Mevlana-Vorsitzende. Für die Integration werde viel getan. Die Gemeinde arbeite etwa mit der Apostelkirche zusammen, zudem ist ein gemeinsames Gebet mit der Stadtkirche geplant. Von der DITIB-Moschee war gestern keine Stellungnahme mehr zu bekommen.



Integration beginnt schon in der Erziehung und in der Schule: Dieser Auffassung sind Pedro Benjamin Becerra (Jüdische Gemeinde), Hasan Bicerik (SPD) und Tamer Sert (FDP).

Ein Versäumnis vonseiten der Gesellschaft sieht Pedro Benjamin Becerra, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Delmenhorst. Jahrzehntlang habe sich niemand um die Menschen gekümmert, die als Gastarbeiter nach Deutschland kamen. „Es gibt Menschen, die nutzen eben diese Situation für eine religiöse Radikalisierung aus“, meint er. Die Anschläge in Paris, bei denen auch ein jüdisches Geschäft Ziel des Terrors war, hätten ihn nicht überrascht. Die jüdische Gemeinde vor Ort fühle sich sicher



Ein Kugelschreiber kann auch eine Waffe sein.

TAMER SERT

und sei gut in der Stadt integriert. „Aber auch für uns gibt es keine 100-prozentige Sicherheit. Der Terror ist nah, er kommt an unsere Haustür.“ Becerra sieht den Anfang einer gelungenen Integration bei den Schulen, hier sei die Politik gefragt. „Angriffe oder Beleidigungen von Bekloppten kann man nie ausschließen“, warnt der Kreisvorsitzende der FDP-Delmenhorst Tamer Sert und nennt als Beispiel den Schweinekopf vor der Mevlana-Moschee im

Oktober. Generell sei er aber in Sachen Integration stolz auf die Stadt. Allerdings sagt er auch: „Verständnis zu wecken für andere Kulturen oder Glaubensrichtungen, und zwar von Kindheit an, das kommt noch zu kurz.“

Bezüglich der Pariser Attentate geht Sert mit Solidaritätsbekundungen hart ins Gericht. „In Nigeria sind von Boko Haram 2000 Menschen getötet worden. In den Medien wird aber der Anschlag

auf Charlie Hebdo mit zwölf Opfern groß aufgezogen.“ Für Sert würden andere Gräueltaten gerade wegen Charlie Hebdo „schändlich außer Acht“ gelassen. Auch wenn er den Anschlag verurteile: „Wo fängt Pressefreiheit an? Ein Kugelschreiber kann auch eine Waffe sein. Ich bin nicht Charlie. Und ich werde auch keiner sein.“

Ähnlich wie Sert ist Ratsherr Deniz Kurku (SPD) stolz auf den „Dialog miteinander“ in der Stadt. Hier stünden Kirchen und Moscheen eng zusammen, auch das Bündnis gegen Rechts sei Ausdruck davon, dass zwischen die Delmenhorster „kein Spaltplatz“ passe.

Eine Veränderung der Wahrnehmung der Muslime in Delmenhorst sieht FDP-Fraktionschef Murat Kalmis nicht. Die Öffentlichkeit halte er für „gut sensibilisiert“. „Wir dürfen jetzt keine Ängste schüren.“ Delmenhorst sei eine tolerante Stadt. Ratskollege Sinan Shikho von den Grünen fürchtet wegen möglicher Anfeindungen eine Radikalisierung von muslimischen Jugendlichen. „Als Stadt müssen wir das im Auge behalten“, so Shikho.

Hasan Bicerik, Vorsitzender der SPD-Ortsvereins Hasport, setzt in Sachen Integration auf Bildung. „Je weniger Schulabbrecher desto geringer sind auch die Vorbehalte gegenüber Minderheiten.“ Ein Vorteil in Delmenhorst sei, dass Muslime „nicht etwas vollkommen Fremdes sind“ und kein Ghetto vorhanden sei. Zum Delmenhorster Protestmarsch sagt Bicerik: „Die Meinungsfreiheit in Delmenhorst ist genauso wichtig wie in die Paris.“

KOMMENTAR

Diskussionen spalten die Gesellschaft

VON DANIEL KNOKE



Ratspolitiker Tamer Sert sagt, dass er nicht Charlie ist – natürlich können wir darüber diskutieren, ob wir alle Charlie sein müssen. Wir können darüber diskutieren, ob es gerechtfertigt ist, dass über einen Anschlag in Paris mit zwölf Toten in epischer Breite berichtet wird, während eine Attacke der nigerianischen Terror-Miliz Boko Haram mit Hunderten Toten

als Randnotiz abgetan wird. Doch was bringen uns solche Diskussionen? Sie entzweien diejenigen, die dafür Sorge tragen, dass Integration in Delmenhorst gelingt. Solche Diskussionen spalten die Gesellschaft – genau das ist das Ziel der Terroristen. Wir sollten nicht zulassen, dass sie ihr Ziel erreichen.

■ Ihre Meinung zum Beitrag: redaktion@dk-online.de

„Fremdenfeindlichkeit darf nicht die Oberhand gewinnen“

Vorsitzender des Integrationsbeirates sieht Politik bei Pegida in der Pflicht – Mitgefühl mit Angehörigen der Terroropfer

Im dk-Interview spricht Matthias Matay Gabriel, Vorsitzender des Integrationsbeirates, über den Schock nach dem Terroranschlag, dessen Auswirkungen und das Miteinander in Delmenhorst.

VON JENS GEHRKE

Herr Gabriel, was ist Ihr Gefühl nach dem Anschlag in Paris? Der Integrationsbeirat verurteilt die Tat, unser Mitgefühl gehört den Angehörigen

gen. Wir trauern um Charlie Hebdo und seine Mitarbeiter. Wenn so ein Anschlag auf die Meinungsfreiheit passiert, macht das betroffen und wütend.

Was machen Sie jetzt konkret? Vertreter des Beirates werden am Schweigemarsch teilnehmen, um ein Zeichen gegen den Terror und für die Meinungsfreiheit zu setzen. Uns ist es sehr wichtig, Solidarität mit den Opfern des Anschlages zu zeigen.

Wie lässt sich verhindern, dass die Tat von Pegida instrumentalisiert wird? Die Politik muss auf die Bürger zugehen. Sie muss

aufklären und bereit sein, zu diskutieren. Pegida ist eine schwierige Sache, weil an den Demonstrationen auch ganz normale Bürger teilnehmen. Die Fremdenfeindlichkeit darf dort nicht die Oberhand gewinnen.

Was kann denn jeder Einzelne für das friedliche Zu-

sammenleben der Religionen und Kulturen machen? Die Menschen müssen aufeinander zugehen. Sie müssen in der Nachbarschaft, im Sportverein, Interesse an anderen Religionen und Kulturen zeigen. Man kann bei einem Tag der offenen Tür einmal die Gotteshäuser der anderen Religionen besuchen. Die Bürger müssen bereit sein, sich zu öffnen und Vorurteile abzubauen. Das gilt aber nicht nur für Deutsche. Auch die Migranten müssen bereit sein, sich ge-

genüber der Gesamtgesellschaft zu öffnen.

Sehen Sie die Gefahr einer wachsenden Islamfeindlichkeit in Deutschland? Für Deutschland kann ich die Situation nicht ein-

schätzen. Das müssen die muslimischen Verbände beurteilen. In Delmenhorst ist Gott sei Dank nichts davon zu spüren. Im Integrationsbeirat und in der Stadt herrscht ein gutes Miteinander.

ZUR PERSON



Matthias Matay Gabriel (36) ist Vorsitzender des Integrationsbeirates in Delmenhorst. Aufgabe des Integrationsbeirates ist die Förderung und Sicherung des friedlichen und gleichberechtigten Zusammenlebens von Bürgern verschiedener Nationalitäten, Kulturen und Religionen. Gabriel ist Industriekaufmann und im Vorstand der aramäischen Gemeinde.